

Suhrkamp Verlag

Leseprobe



Ullmann, Hans-Peter
Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918

© Suhrkamp Verlag
edition suhrkamp 1546
978-3-518-11546-6

es 1546
edition suhrkamp
Neue Folge Band 546

Neue Historische Bibliothek
Herausgegeben von Hans-Ulrich Wehler

Das Deutsche Reich von 1871 wurzelte noch tief in der Welt des 19. Jahrhunderts und öffnete sich zugleich der heraufziehenden Moderne. Es stand zwischen Altem und Neuem, war ein Gebilde »zwischen den Zeiten«. Davon handelt das Buch. Es nimmt einmal in den Blick, wie sich das Kaiserreich über die fast fünfzig Jahre seiner Existenz verändert hat. So spreizt sich die Geschichte des kaiserlichen Deutschland: zwischen den siebziger und achtziger Jahren, die in vielem weniger modern gewesen sind, als sie erscheinen, sowie den beiden Jahrzehnten um 1900, in denen der soziale Wandel an Dynamik gewann, aber auch zwischen Vorkriegs- und Kriegszeit, in der sich alte Konflikte verschärften und neue aufbrachen. Das Buch beschreibt zum anderen den Weg Deutschlands in die Moderne mit allen seinen Verzögerungen und Widersprüchen. Diese fanden sich nicht allein zwischen industrieller Dynamik und gesellschaftlicher Bewegung hier, den obrigkeitsstaatlichen Strukturen dort. Auch auf vielen anderen Feldern standen Elemente von Tradition und Modernität entweder nebeneinander, oft unverbunden, teils widersprüchlich, oder ergaben miteinander brisante Verschnitte. Schließlich fragt das Buch nach der Wandlungsfähigkeit des monarchischen Obrigkeitsstaates, darüber hinaus aber, allgemeiner, nach den Chancen von Politik in Zeiten rascher Veränderung.

Hans-Peter Ullmann
Das Deutsche Kaiserreich
1871-1918

Suhrkamp

8. Auflage 2017

Erste Auflage 1995
edition suhrkamp 1546
Neue Folge Band 546

© Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 1995
Suhrkamp Taschenbuch Verlag

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das der Übersetzung,
des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung
durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages
reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Satz: Hümmer GmbH, Waldbüttelbrunn

Printed in Germany

Umschlag gestaltet nach einem Konzept
von Willy Fleckhaus: Rolf Staudt

ISBN 978-3-518-11546-6

Inhalt

Einleitung 7

I. Die Anfänge des kaiserlichen Deutschland

1. Nationsbildung und Reichsgründung 14
2. Das Kaiserreich als Nationalstaat 22
3. Reichsverfassung und Herrschaftssystem 31
4. Zwischen Agrar- und Industriestaat 41

II. Barrieren gegen eine Liberalisierung

1. Liberale Ära 51
2. Wirtschaftliche Depression und politische Krise 60
3. »Konservative Wende« 68
4. Außenpolitik und Imperialismus 76
5. Die Auflösung des »Systems Bismarck« 85

III. Industrielle Dynamik und gesellschaftliche Bewegung

1. Durchbruch der Industriegesellschaft 95
2. Auf dem Weg in die Industriegesellschaft 105
3. Familien, Frauen und Generationen im Wandel 117
4. Die Fundamentalpolitisierung 126

IV. Reaktionen des Obrigkeitsstaates

1. Der »Neue Kurs« 138
2. »Sammlungspolitik« und Stabilisierungserfolge 147
3. Von der Kontinentalpolitik zur Weltpolitik 154
4. »Bülow-Block« und Staatskrise 163

V. Das Heraufziehen der Moderne

1. Der Aufstieg des Interventions- und Sozialstaates 173
2. Bildung und Wissenschaft im Aufschwung 181
3. Säkularisierungsprozesse, Zeitkrise, Reformbewegungen 192

VI. Von der Krise in den Krieg

1. Reform und Blockade 203
2. Internationale Spannungen und Ausgleichsversuche 212
3. Der Weg in den Krieg 219

VII. Das Ende des kaiserlichen Deutschland

1. Verlauf und Wandel des Krieges 228
2. Die Mobilisierung der Wirtschaft 236
3. Kriegsgesellschaft 244
4. Der Legitimitätsverfall des monarchischen Staates 252

Abkürzungen 264

Anmerkungen 265

Auswahlbibliographie 300

Einleitung

Als Gebilde »zwischen den Zeiten« beschreibt dieses Buch das Deutsche Reich von 1871. Eine solche Deutung erfolgt vor dem Hintergrund der langen, fortdauernden Diskussion um die Interpretation des Kaiserreiches. Daß diese Kontroverse nach wie vor aktuell ist, hat vor allem einen Grund: Mit dem Kaiserreich stehen Einordnung und Bewertung des deutschen Nationalstaates zur Debatte – seine Gründung, sein Aufbau und sein weiterer Weg, nicht zuletzt zwischen 1933 und 1945. Einfluß darauf, wie das Reich von 1871 gesehen wird, nehmen keineswegs nur Historiker. Allein um die von ihnen geführte Diskussion geht es jedoch hier.¹

Der Streit um die Deutung des Deutschen Reiches begann, lange bevor dieses gegründet wurde. Er gehörte zu jener breiten Debatte, in der die liberale und nationale Bewegung ihre verschiedenen Vorstellungen von einem künftigen Nationalstaat entwarf und über Wege diskutierte, wie er zu erreichen sei. Dabei gewannen die »borussischen« Historiker seit den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts immer mehr Deutungsmacht. Sie sahen es als Aufgabe Preußens an, die deutsche Einheit mit den Mitteln des Machtstaates herzustellen. Diese Mission wollten sie in historistischer Gewißheit der identitätsstiftenden und handlungsleitenden Funktion von Geschichte historisch begründen und rechtfertigen und damit Preußens »deutscher Aufgabe« eine Tradition schaffen. Doch stieß diese Borussifizierung des deutschen Geschichtsbildes einstweilen noch auf Widerspruch. Die Entwürfe des zu gründenden Nationalstaates blieben vielgestaltig.²

Das änderte sich nach 1871. Jetzt setzte sich die national-liberale Interpretation der Reichsgründung und des kleindeutschen Reiches, also eines deutschen Nationalstaats ohne Österreich, immer mehr durch. Lieferten doch Preußens Erfolge bei der nationalen Einigung Stoff für jene Geschichtslegende, in der nun die ganze »Weltgeschichte von Adam an siegesdeutsch« (Jacob Burckhardt) angestrichen wurde. Für Gegendeutungen blieb da wenig Raum: weder für die katholisch-großdeutschen noch für die konservativen, und schon gar nicht für die marxistischen, zumal deren Interpreten bei aller Skepsis gegenüber dem kleindeutschen Reich

durchaus Vorzüge an ihm entdeckten. Doch war das positive Bild, das national-liberale Historiker vom Kaiserreich zeichneten, so einheitlich nicht. Es formte sich noch gemäßigt liberal, aber auch schon entschieden machthebeherrschend aus und wandelte sich nicht zuletzt um 1900. Denn eine neue Historikergeneration, für welche das Reich nicht »zwanzig Jahre der Inhalt allen Wunsches und Strebens« (Heinrich von Sybel) gewesen war, sondern bereits zum Besitzstand zählte, setzte sich jetzt von den nationalpädagogischen Absichten der »borussischen« Historiker ab, forderte eine objektivere, universalhistorische Geschichtsschreibung. Damit kamen vor dem Hintergrund der imperialistischen Expansion des Reiches die preußisch-machthebeherrschenden und mit ihnen die außenpolitischen Aspekte seiner Geschichte noch stärker in den Blick. Außerdem richtete sich gegen heftig umstrittene Versuche, die Geschichtswissenschaft zu den Sozialwissenschaften hin zu öffnen, das Interesse der meisten Historiker auf die Taten großer Männer, nicht allein, aber vornehmlich Bismarcks. Bei allen Übereinstimmungen blieben jedoch Unterschiede, etwa in der Frage nach Alternativen zur kleindeutschen Nationalstaatsgründung oder der Betrachtung ihrer inneren Probleme.³

In der Weimarer Republik wurde die Deutung des Kaiserreiches strittig, sein Bild vielgestaltiger. Da gab es eine Mehrheit national-konservativer Historiker, die gerade vor dem Hintergrund von Kriegsniederlage und Ende des monarchischen Systems, Versailler Vertrag und ungeliebter Republik an der bisherigen Interpretation des Reiches von 1871 im großen und ganzen festhielten. Dem diente nicht zuletzt die Ideologie vom deutschen Sonderweg. Sie gehörte, mit wechselndem Inhalt, schon im 19. Jahrhundert zum Kernbestand nationalen Selbstverständnisses, hatte sich bereits vor, besonders aber im Krieg zugespitzt und stand in der Weimarer Zeit als deutungsmächtiges Geschichtsbild bereit. Dieses behauptete in vielerlei Varianten, daß die deutsche von der westeuropäischen Entwicklung abweiche, ihr nicht etwa nur ebenbürtig sei, sondern sie in den Schatten stelle. Solche Überlegenheit entdeckte man auf vielen Feldern, zumal dem der Kultur. Aber auch Deutschlands Weg in die Moderne, der industrielle Dynamik im Gehäuse eines Obrigkeitsstaates entfesselte, galt als vorbildhaft. Diese Sicht mochte die Gegenwart mit der Vergangenheit versöhnen helfen, eine kritische Auseinandersetzung mit beiden förderte sie nicht, wie die Behandlung der Kriegsschuld-

frage zeigte. Doch setzten die Interpreten des Reiches von 1871 trotz solcher Gemeinsamkeiten die Akzente unterschiedlich. Sie schwankten zwischen Verklärung auf der einen und Überprüfung auf der anderen Seite, welche die inneren Konflikte ebenso bloßzulegen begann wie die Schwächen des obrigkeitsstaatlichen Systems. Neben der Mehrheit stand eine Minderheit liberal-demokratischer, pro-republikanischer Historiker. Diese entwarfen, bei allen Unterschieden zwischen ihnen, ein anderes, sehr viel dunkleres Bild des Kaiserreiches, indem sie ihm entweder die Ziele der Revolution von 1848/49 gegenüberstellten oder es an der Entwicklung der westlichen Demokratien maßen und seine Defizite entsprechend hervorhoben, schließlich fragten, welche Weichenstellungen vor 1871, aber auch welche inneren Strukturdefekte und außenpolitischen Fehlentscheidungen das kleindeutsche Reich in Krieg und Revolution hatten enden lassen und welche Personen und sozialen Gruppen dafür verantwortlich gewesen waren.⁴

Für eine solche Deutung war im »Dritten Reich« kein Raum. Die meisten Historiker interpretierten das Kaiserreich weiterhin in der Tradition national-konservativer Geschichtsschreibung. Allerdings verschoben sich nicht erst seit 1933 die Akzente: entweder weil die autoritären Strukturen des kleindeutschen Nationalstaates herausgehoben und teilweise zum »Führerprinzip« stilisiert wurden; oder aber indem sich eine »gesamtdeutsche« Geschichtskonzeption nach vorn schob, welche das ganze deutsche Volk in allen seinen staatlich-politischen Gebilden betrachten wollte und sich damit der Volksgeschichte öffnete. Dies alles zeigte, wie anfällig national-konservative Historiker für die NS-Ideologie waren. Die fragwürdigen Umdeutungen des Kaiserreiches gingen einher mit methodischen Neuansätzen und inhaltlichen Erweiterungen, die sich von historistischen Konzepten ebenso entfernten wie von der noch immer vorherrschenden Diplomatiegeschichte. Bei durchaus fließenden Übergängen, die jeweils genau zu bestimmen wären, wurde das Kaiserreich von nationalsozialistischen Historikern noch weitergehend um-, ja, fehlgedeutet. Nur außerhalb Deutschlands, in der Emigration, lebte eine hauptsächlich von liberalen Historikern verschiedener Richtung gepflegte kritische Sicht des Kaiserreiches fort, blieb die Frage nach den Schwächen des kleindeutschen Nationalstaates, die ihm in die Wiege gelegt waren, in der Diskussion.⁵

Diktatur, Völkermord und Weltkrieg ließen den deutschen Na-

tionalstaat und mit ihm auch das Kaiserreich zu einer fragwürdigen Größe werden. Die Diskussion um die Ursachen der »deutschen Katastrophe« (Friedrich Meinecke) unmittelbar nach 1945, die nach »Irrwegen« deutscher Geschichte fragte, führte jedoch nicht zu einer Revision des Geschichtsbildes, wie sie allenthalben gefordert wurde. Denn der »starken moralischen Besinnungsphase« (Winfried Schulze) und einer Absetzung von nationalsozialistischen Fehlinterpretationen folgte kein methodischer und inhaltlicher Bruch mit einer nach wie vor überwiegend politischen Historiographie. So bewegten sich die Kontroversen um das Deutsche Reich von 1871 in den fünfziger Jahren weitgehend im Rahmen überkommener Problemfelder, bündelten sich die verschiedenen Sehweisen des Kaiserreiches noch einmal in einer Debatte um die Bewertung Bismarcks. Auch die »Fischer-Kontroverse«, bei der seit Anfang der sechziger Jahre um die deutsche Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges gestritten wurde, stand einerseits noch in dieser Tradition. Doch bereitete sie andererseits einer Umorientierung der Kaiserreich-Forschung den Weg.⁶

Unterschiedliche Entwicklungslinien liefen jetzt zusammen: Akzentverschiebungen in der bisherigen Forschung zum Kaiserreich, die nicht gering zu bewerten sind; wachsendes Interesse an einer sozialhistorischen Betrachtung von Geschichte, die verschiedene, teils angelsächsische, teils aus der Emigration zurückgekehrte oder entnazifizierte deutsche Väter hatte; schließlich die lange Tradition kritischer Deutungen des Kaiserreiches, die in der Bundesrepublik der sechziger Jahre wieder an Attraktivität gewannen. Das alles verband sich zu einer Interpretation des Reiches, die inhaltlich auf seine Schattenseiten abhob und sich methodisch einer politischen Sozialgeschichte verpflichtet wußte. Auch wenn die neue Sehweise alles andere als einheitlich war, gab es doch manche Grundanschauungen, die eine Reihe von Interpreten teilten. Als Hauptmerkmal des Kaiserreiches galt ihnen der Widerspruch zwischen rascher wirtschaftlich-sozialer und ausgebliebener politischer Modernisierung. Er gehe, meinten sie, auf die Entstehung des kleindeutschen Reiches zurück, vor allem die gescheiterte Revolution von 1848/49. Diese sei für die Schwäche des Bürgertums ebenso verantwortlich wie für die Stärke der alten Eliten, die ihre Machtpositionen zudem mit manipulativen Herrschaftstechniken behaupteten. So sei eine eigentümliche, gleicher-

maßen lähmende wie hochbrisante Mischung von Altem und Neuem entstanden, an der das Kaiserreich schließlich zugrunde gegangen sei. Was bleibe, sei ein schweres Erbe, denn die Belastungen aus der Zeit vor 1918 wirkten fort und trügen zum Aufstieg des Nationalsozialismus bei.⁷

Daß diese Interpretation des deutschen Nationalstaates lediglich von außen als »new orthodoxy« (James J. Sheehan) wahrgenommen werden konnte, zeigte der Widerspruch, den sie hervorrief. Kritisiert wurden vor allem drei Punkte. Da waren erstens die Einseitigkeiten des neuen Kaiserreich-Bildes. Kontinuitätsthese, kritische Perspektive und funktionaler Ansatz hätten dazu verleitet, so das Argument, die Einheit der Eliten überzubewerten, die Leistungen des Kaiserreiches und seine Entwicklung zu unterschätzen. Bemängelt wurde zweitens die Perspektive »von oben«: die Konzentration auf den Staat und Preußen sowie auf die Eliten, ihre Herrschaftstechniken und den Aspekt der Manipulation. Auf Bedenken stieß drittens, daß das Kaiserreich im Rahmen eines nunmehr kritisch gewendeten Bildes vom deutschen Sonderweg gedeutet wurde. Wenn Industrialisierung und Parlamentarisierung, ja, Demokratisierung als synchrone Prozesse begriffen würden, lautete der Einwand, messe man das Reich von 1871 an einem idealisierten und darum unzutreffenden anglo-amerikanischen Modell. Zudem verstelle die These vom Scheitern von 1848/49, dem ein verfehelter Begriff von »bürgerlicher Revolution« zugrunde liege, den Blick auf die Erfolge des Bürgertums in anderen Feldern als dem der Politik, übersehe insoweit die fortschreitende »Verbürgerlichung« des Kaiserreiches. Über alledem stelle sich dann auch das Problem der Kontinuität anders, dürfe die Geschichte des Reiches von 1871 nicht allein als Vorgeschichte von »1933« geschrieben werden.⁸

Wenn sich eine Zwischenbilanz der andauernden Diskussion um die Deutung des Kaiserreiches ziehen läßt, dann diese: Das Bild des Reiches von 1871 wird nach wie vor sehr unterschiedlich gezeichnet. Doch finden die Deutungen ihren Bezug durchweg in der Kaiserreich-Debatte der siebziger und frühen achtziger Jahre. Unübersehbar ist aber auch eine starke Auffächerung der historischen Forschung zu den Jahren zwischen 1871 und 1918. Die Forderung, das Kaiserreich nicht vom Zentrum, sondern von der Peripherie, nicht »von oben«, sondern »von unten« zu untersuchen, hat dazu ebenso beigetragen wie die Verlagerung der For-

schungsinteressen zur Sozial- und Kultur- oder zur Geschlechter-, Alltags- und Mentalitätengeschichte.

Vor dem Hintergrund des langes Streites um die Deutung des Kaiserreiches macht dieses Buch erstens die Veränderungen deutlich, die das Reich zwischen 1871 und 1918 erlebt hat. Denn es sah in den siebziger und achtziger Jahren anders aus als in den beiden Jahrzehnten um 1900 und erst recht in der Zeit des Krieges. Deshalb läßt sich weder die Bismarckzeit mit dem Argument »hochrechnen«, die Gründungskonstellation habe die weitere Entwicklung des Reiches bestimmt, noch die wilhelminische Zeit »rückrechnen« oder gar der Krieg aus dem Gesamtbild »herausrechnen«. Nimmt man statt dessen die Wandlungen des Kaiserreiches über die fast fünfzig Jahre seiner Existenz in den Blick, spreizt sich gewissermaßen seine Geschichte: zwischen den Siebzigern und Achtzigern, die in vielem weniger modern gewesen sind, als sie oft erscheinen, und den beiden Jahrzehnten um 1900, in denen der gesellschaftliche Wandel an Dynamik gewann, aber auch zwischen der Vorkriegs- und der Kriegszeit, in der sich vor dem Hintergrund eines gesellschaftlichen Verarmungsprozesses viele Konflikte zuspitzten, Entwicklungen beschleunigten sowie neue Probleme auftraten.

Zweitens geht es in diesem Buch darum, den widersprüchlichen Weg Deutschlands in die Moderne darzustellen. Dazu reicht es nicht aus, allein die Diskrepanzen zwischen Politik und Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur aufzuzeigen. Sie müssen vielmehr auch innerhalb dieser Felder aufgesucht werden. Allenthalben nämlich schoben sich Altes und Neues auf sehr verschiedene Weise ineinander, veränderten sich obendrein die Mischungsverhältnisse im Zeitverlauf. Das gilt freilich für alle Übergangsphasen. In die Jahre des Kaiserreiches fiel aber der Umbruch zur Moderne. Doch werden hier nicht allein die Jahre zwischen 1871 und 1918 als entscheidende Etappe auf Deutschlands widersprüchlichem Weg in die moderne Welt eingeordnet. Dies ließe ein zwar überaus vielfältiges, aber konturenarmes Bild entstehen.

Das Buch betrachtet deshalb drittens die Entwicklung des Kaiserreiches unter der leitenden Frage, wie politische Systeme sozialen Wandel bewältigen. Damit steht zwar auch die Anpassungs- oder Wandlungsunfähigkeit des monarchischen Obrigkeitsstaates auf dem Prüfstand. Doch sollten ihm nicht ausnahmslos alle Schwierigkeiten der Politik in den Jahren des Kaiserreiches zuge-

rechnet werden. Deshalb müssen darüber hinaus die Probleme politischer Steuerung oder, allgemeiner, die Chancen von Politik in Zeiten raschen Wandels berücksichtigt werden.⁹

Alle drei Gesichtspunkte – Veränderungen in den Jahren des Kaiserreiches, entscheidende Etappe auf dem Weg Deutschlands in die Moderne und Politikfähigkeit in Phasen raschen sozialen Wandels – bündeln sich im leitenden Gedanken vom Kaiserreich als einem Gebilde »zwischen den Zeiten«.

Für ein solches Vorhaben dürften die Voraussetzungen günstiger geworden sein. Denn die Forschung zum Kaiserreich ist in den letzten Jahren rasch expandiert, wenn auch in ganz unterschiedliche Richtungen gegangen. In dieser Situation erscheint eine knappe Synthese sinnvoll. Sie kann freilich nur die Momentaufnahme eines sich immer mehr differenzierenden und ständig wandelnden Kaiserreichbildes sein, versuchen, aus den verschiedenen Deutungsangeboten eine Gesamtinterpretation zu gewinnen. In diese gehen wissenschaftliche Prägungen und Vorlieben für bestimmte Themen ein. Nicht minder wird sie von der Entscheidung bestimmt, Bewährtes festzuhalten und Neues zu integrieren. Von daher liegt es ebenfalls nahe, das Kaiserreich als ein Gebilde »zwischen den Zeiten« zu präsentieren.¹

Das Buch wurde Ende der achtziger Jahre konzipiert. Daß es jetzt erscheint, ist vielen zu danken: den Studenten in Saarbrücken und Gießen, Heidelberg, Berlin und Tübingen, die mit mir über Deutungen des Kaiserreiches stritten; Helmut Berding, Hartmut Berghoff, Anselm Doering-Manteuffel, Heidrun Edelmann, Dieter Langewiesche und Winfried Speitkamp, die verschiedene Fassungen des Manuskripts lasen und kritisch kommentierten, ohne mir die Verantwortung für den Inhalt abnehmen zu können; Hans-Ulrich Wehler, der auf die Fertigstellung des Bandes drängte, aber auch mit Geduld wartete; und nicht zuletzt Wolf Lepenies für das Wissenschaftskolleg zu Berlin, das mir als Fellow im akademischen Jahr 1994/95 Muße wie Anstoß gab, das Buch abzuschließen. Über alle diese Jahre hinweg hat sich meine Deutung des Kaiserreiches gewandelt. Auch deshalb ist es ein Gebilde »zwischen den Zeiten«.

I. Die Anfänge des kaiserlichen Deutschland

Das kaiserliche Deutschland wurzelte bei seiner Gründung noch tief in der Welt des 19. Jahrhunderts, auch wenn sich die Moderne schon ankündigte. Es reicht jedoch nicht aus, dies festzustellen, kennzeichnet doch die Mischung von Altem und Neuem jede Zeit des Übergangs. Darum muß das Mischungsverhältnis genauer bestimmt werden. Dazu ist einmal dem Zusammenhang von Nationsbildung und Reichsgründung nachzugehen; sodann das Kaiserreich als Nationalstaat zu betrachten; außerdem das politische System zu untersuchen; und schließlich zu fragen, wie weit das Reich in den siebziger Jahren auf dem Weg von der Agrar- zur Industriewirtschaft, von der ländlichen zur industriellen Gesellschaft fortgeschritten gewesen ist. So läßt sich der historische Ort des frühen Kaiserreiches präziser angeben.¹

1. Nationsbildung und Reichsgründung

An der Jahreswende 1870/71 wurde das Kaiserreich gegründet. Entstanden ist es in einem lange währenden Prozeß, bei dem »innere« und »äußere« Reichsgründung, »innere Nationsbildung« und »Revolution von oben« ineinandergriffen. Das gab dem kleindeutschen Nationalstaat von Anfang an ein Doppelgesicht.²

Die innere Nationsbildung war vor 1870/71 weder kontinuierlich noch gleichmäßig auf drei Ebenen vorangeschritten. Da gab es erstens die wirtschaftliche Ebene. Obwohl die Industrialisierung einem regionalen Entwicklungsmuster folgte, wuchsen die Regionen um so stärker zusammen, je mehr sich eine kapitalistische Marktwirtschaft ausbildete. Dazu trug schon die Verbesserung des Verkehrs- und Nachrichtenwesens bei. Kanäle und Flüsse wurden ausgebaut; Dampfschiffe steigerten die Transportleistung; die Länge befestigter Straßen nahm zu. So konnten Personen und Waren schneller von einem Ort zum anderen gelangen. Eine wirkliche »Verkehrsrevolution« löste jedoch erst die Eisenbahn aus. Ihr Streckennetz dehnte sich seit 1835, als die ersten Züge zwischen Nürnberg und Fürth verkehrten, rasch aus und umfaßte bei der Reichsgründung bereits mehr als 20000 Kilometer. Die »Ver-

kehrswertigkeit« (Fritz Voigt) der Eisenbahn war hoch. Denn sie senkte die Kosten, steigerte die Geschwindigkeit und erlaubte eine Beförderung streng nach Fahrplan. So erleichterte die Eisenbahn, besonders als die Tarife sanken, den Austausch von Massengütern und die Mobilität von Personen. Auch Post und Telegraf verbesserten die Kommunikation zwischen Staaten und Regionen, verklammerten Wirtschaftsräume miteinander.³

Außer dem Verkehrs- und Nachrichtenwesen trug der Deutsche Zollverein, 1834 gegründet, zur wirtschaftlichen Integration bei, selbst wenn man heute seine fiskalische Bedeutung höher und seine Impulse für die Industrialisierung niedriger bewertet. Dem Zollverein traten nach und nach alle Staaten des Deutschen Bundes mit Ausnahme der norddeutschen Küstenstaaten und Österreichs bei. Er schuf durch ein Geflecht von bi- und multilateralen Verträgen einen nationalen Markt mit freiem Binnenverkehr und einheitlichen Außenzöllen. Zugleich setzte der Zollverein institutionelle Integrationsprozesse in Gang, etwa auf den Gebieten von Währung oder Recht, und verflocht die Wirtschaften der Mitgliedsstaaten enger miteinander. So nahm wohl nicht nur das Volumen wirtschaftlicher Transaktionen zu, sondern es entstanden auch größere, bei manchen Waren bereits nationale Märkte. Diese verdrängten die lokalen und regionalen Märkte nicht, übergriffen sie aber, wie etwa der Wertpapiermarkt. Freilich kam die wirtschaftliche Integration bis zur Reichsgründung nur schrittweise voran und lief auch nicht notwendig auf einen Nationalstaat zu, erst recht nicht auf das kleindeutsche Reich von 1870/71. Allenfalls läßt sich sagen, daß ökonomische Prozesse die Reichsgründung begünstigt und andere Lösungen der nationalen Frage, etwa die großdeutsche mit Österreich, unwahrscheinlicher gemacht haben.⁴

Nicht allein auf der wirtschaftlichen, auch auf einer zweiten Ebene, der soziokulturellen, hatte die innere Nationsbildung vor 1870/71 Fortschritte gemacht. Daß lokale Lebenswelten aufbrachen, sich menschliche Erfahrungsräume und Handlungsfelder ausweiteten, damit Verbindungen über die Grenzen von Kommunen oder Staaten hinweg denkbar sowie in einem nationalen Rahmen möglich wurden, hatte viele Ursachen. Zu nennen sind hier einmal die politischen Veränderungen um 1800, ausgelöst durch die Französische Revolution und die Herrschaft Napoleons. Sie zerstörten das Alte Reich, zerrissen historisch gewachsene Bin-

dungen, lösten jene »territoriale Revolution« (Ernst Rudolf Huber) aus, welche die Landkarte Mitteleuropas umgestaltete. Zugleich begann der entstehende moderne Staat auf vielfältige Weise in lokale Bezüge einzugreifen und überkommene Beziehungen aufzulösen: indem er mit Kirche, Adel und Städten intermediäre Herrschaftsträger entmachtete und eine Gesellschaft rechtsgleicher Staatsbürger schuf; den Zugriff des Fiskus verstärkte und dadurch die Geldwirtschaft durchsetzen half; das Schulwesen stärker reglementierte und die Wehrpflicht ausdehnte; Landwirtschaft und Handel, Gewerbe und Industrie liberalisierte. Doch trugen nicht allein staatliche Reformen dazu bei, die kleinräumige Gesellschaft des Ancien Régime aufzubrechen. Dafür sorgte auch das Bevölkerungswachstum, das in der Mitte des 18. Jahrhunderts einsetzte und sich im frühen 19. Jahrhundert beschleunigte. Lebten um 1800 etwa 23 Mio. Menschen auf dem Gebiet des späteren Kaiserreiches, zählte man 1870/71 mit knapp 41 Mio. schon fast doppelt so viele. Hinzu traten schließlich, zunehmend wichtiger, die Umwälzungen in der Landwirtschaft und besonders im Gewerbe. Hier setzten sich mit der beginnenden Industrialisierung nicht nur technisch-betriebsorganisatorische Neuerungen durch, die den Produktionsprozeß von Grund auf umgestalteten; diese hatten auch einschneidende ökonomische, soziale und mentale Veränderungen zur Folge. Wie sehr diese Entwicklungen die Gesellschaft schon in Bewegung brachten, zeigten sowohl die Auswanderung, die wellenförmig seit den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts anwuchs, als auch die Binnenwanderung, die sich seit den vierziger Jahren verstärkte.⁵

Nicht nur die soziale Mobilität nahm zu, die öffentliche Kommunikation und kulturellen Kontakte verdichteten sich ebenfalls. Eine wesentliche Voraussetzung schuf die »Leserevolution«. Diese ging, wie die steigende Buchproduktion oder die wachsende Zahl von Lesegesellschaften zeigt, vom gebildeten Bürgertum der Städte aus. Dann griff sie, da die Alphabetisierung dank besserer Schulbildung wuchs, auf das Land über und erfaßte auch die städtischen Unterschichten. So entstand eine immer breitere und einflußreichere öffentliche Meinung, geformt und repräsentiert von der Presse. Sie veränderte grundlegend das Leben der Menschen, holte die »große« in die »kleine« Welt und band beide zusammen. Parallel dazu nahm die kulturelle Integration zu. Die bürgerliche Kultur, die seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert an Geltung ge-

wann und deren Leitbilder durch ein Netz meist lokaler Vereine, aber auch auf Gymnasien und Universitäten vermittelt wurden, stand von Anfang an in Verbindung mit der nationalen Idee. Dies galt für die bildende Kunst ebenso wie für Literatur und Musik. Sie schufen über alle staatlichen Grenzen hinweg kulturelle Gemeinsamkeiten. In Museen wie dem Germanischen Nationalmuseum, 1851 gegründet, in nationalen Kunstausstellungen, Dichter- oder Musikfesten traten diese hervor und festigten sich zugleich.⁶

Zur wirtschaftlichen und soziokulturellen kam auf einer dritten Ebene die politische Nationsbildung. In Deutschland entstand der moderne Nationalismus, wie allenthalben in Europa so auch hier an ältere Traditionen anknüpfend, im späten 18. Jahrhundert. Als das Ancien Régime niederzugehen und die moderne Welt aufzusteigen begann, gerieten Werte und Normen in Bewegung. Loyalitäten verlagerten sich, neue Identitäten bildeten sich heraus. So traten, zunächst bei den Gebildeten in den größeren und kleineren Städten, die überkommenen Bindungen an Stadt oder Region zurück, wurde die Nation als Objekt der Identifikation wichtiger. Wer damals von Nation sprach, entwarf eine Gegenwelt zum Ancien Régime, verschrieb sich dem Entwurf einer Gesellschaft rechtsgleicher Bürger. Solange das Heilige Römische Reich noch bestand, dachte man dabei zunächst nur an eine Kulturnation, wurzelnd in gemeinsamer Sprache und Geschichte. Erst unter dem Eindruck von Französischer Revolution und napoleonischer Expansion formte sich aus diesem kulturellen Nationalbewußtsein allmählich ein vielgestaltiger politischer Nationalismus. Dieser sah sein Ziel noch nicht in einem einheitlichen Nationalstaat, den 1815, als der Deutsche Bund gegründet wurde, vor allem unterschiedene Demokraten und Republikaner wollten. Er bewahrte vielmehr starke föderative Traditionen und wies zunächst auch noch keine Spitze gegen die deutschen Einzelstaaten auf. Erst in den dreißiger Jahren, als auf die Reformbereitschaft von Fürsten und Regierungen immer weniger zu hoffen war, verknüpften sich die nationalstaatlichen Forderungen mit dem Drängen auf politische Reformen. Von nun an ging es um Einheit und Freiheit, um Nationalstaat und Partizipation.⁷

Inzwischen war die Nationalbewegung über ihre lokalen Wurzeln, denen sie gleichwohl verhaftet blieb, längst hinausgewachsen. Ganz am Anfang hatten sich vor allem Studenten in den

Freiwilligenkorps der Befreiungskriege, in Burschen- und Turnerschaften organisieren lassen. Eine breitere soziale Basis, zumal in den konstitutionellen Staaten Süd-, Südwest- und Mitteldeutschlands, gewann die Nationalbewegung seit den zwanziger Jahren im aufblühenden Vereinswesen, bei Sängern und Turnern, im Preß- und Vaterlandsverein, durch Polenkomitees und Griechenvereine. Auch Nationalfeste, aufsehenerregende wie das Hambacher Fest und weniger spektakuläre, verbreiteten die nationale Idee über das gebildete und besitzende Bürgertum hinaus. Die Rheinkrise von 1840 machte die nationale zu einer wirklichen Massenbewegung. In den vierziger Jahren gewann sie schließlich in den Vereinen weiter an Tiefe und, indem sich diese zunehmend miteinander verbanden, auch an Breite. Sänger und Turner, Akademiker und Wissenschaftler, Landwirte und Industrielle trafen sich immer häufiger im nationalen Rahmen. So knüpfte sich über alle Einzelstaaten hinweg ein immer dichteres Netz von Personen und Organisationen.⁸

Wie weit die politische Nationsbildung bereits fortgeschritten war, offenbarte die Revolution von 1848/49. Zu ihren Hauptzielen zählte ein parlamentarisch-demokratischer Nationalstaat. Hierbei rückten drei Probleme in den Mittelpunkt: Da war zunächst die Frage nach den Grenzen des Nationalstaates. Imperiale Begehrlichkeit schoß bei den Debatten der Frankfurter Nationalversammlung ins Kraut. Erst die Reaktion der Großmächte führte ihr den begrenzten Spielraum für eine deutsche Nationalstaatsgründung in Europa vor Augen. Sodann stellte sich das Problem, Österreich und Preußen in den Nationalstaat einzubauen. Das konnte entweder in Form einer großdeutschen Lösung unter habsburgischer Führung und mit den österreichischen Teilen des Deutschen Bundes geschehen, wie es die Mehrheit der nationalen Bewegung und auch der Nationalversammlung wollte. Oder man setzte auf eine kleindeutsche Lösung ohne Österreich und dafür unter preußischer Hegemonie, ein Weg, den die Paulskirche nach dem Scheitern der großdeutschen Variante wählen mußte. Schließlich bündelten sich im Streit um die Staatsform unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie der Nationalstaat im Inneren ausgestaltet und die Soziale Frage bewältigt werden sollte. Die Liberalen wollten eine konstitutionelle Monarchie und mit ihr einen »bürgerlichen Klassenstaat auf Zeit«, der die unterbürgerlichen Schichten vom vollen Wahlrecht ausschloß, bis diese Bildung oder Besitz

erworben hätten und so in die Bürgergesellschaft aufgestiegen wären. Demgegenüber setzten die Demokraten auf eine Republik, die gleiches Wahlrecht gewährte und damit »eine evolutionäre Modernisierung der Gesellschaft auf gewaltlosem parlamentarischen Wege ermöglichte«. An keinem dieser drei Konflikte ist die Revolution am Ende gescheitert, wohl aber an der Verquickung von nationalen, konstitutionellen und sozialen Problemen sowie an der Stärke des gegenrevolutionären Lagers. Obwohl die Revolution den parlamentarisch-demokratischen Nationalstaat nicht schuf, wäre sie falsch bewertet, sähe man allein auf das Scheitern und nicht auch auf ihre bleibenden Erfolge.⁹

Dank des Schubes, den die Jahre 1848/49 gebracht hatten, stagnierte die politische Nationsbildung nur in der Reaktionszeit und schritt seit den späten fünfziger Jahren wieder zügig voran. Zahlreiche Gründe gab es dafür: die Einigung Italiens, bei der, viele sahen es als Modell, Fürstenstaat und Volksbewegung zusammenwirkten; eine veränderte europäische Mächtekonstellation, hervorgerufen durch Rußlands Niederlage im Krimkrieg, Österreichs Schwächung im italienischen Krieg und die Politik Napoleons III.; ein wachsendes bürgerliches Selbstbewußtsein, beflügelt nicht zuletzt von der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung; und endlich die Hoffnung auf eine Neue Ära, die sich an den Herrscherwechsel in Preußen knüpfte, aber auch andere deutsche Staaten erfaßte. So kam, greifbar etwa in den Feiern zum hundertsten Geburtstag von Friedrich Schiller im Jahre 1859, die nationale Frage wieder in Fluß. Auch die Nationalbewegung knüpfte an bewährte Organisationsformen an und entwickelte diese weiter. 1859 entstand der Deutsche Nationalverein. Er organisierte, staatenübergreifend, wenngleich mit nachlassender Anziehungskraft gen Süden, Liberale wie Demokraten aus dem besitzenden und gebildeten Bürgertum, agitierte mit neuen Methoden für Einheit und Freiheit, berief sich dabei auf die Verfassung von 1849 und setzte im übrigen, wiewohl nicht offiziell, seine Hoffnungen auf ein liberalisiertes Preußen. Dabei handelte es sich freilich nur um einen Flügel der Nationalbewegung. Ein anderer gruppierte sich seit 1862 um den Gegenspieler des Nationalvereins, den Deutschen Reformverein, auch er ein Agitationsverband, doch großdeutsch-föderalistisch ausgerichtet, vor allem in den Mittelstaaten verankert und sozial recht heterogen zusammengesetzt. Die wiedererwachte, mobilisierende Kraft der nationalen Idee zeigte sich aber nicht nur in

National- und Reformverein, sondern auch in anderen Zusammenschlüssen, von den wirtschaftlichen Interessenverbänden über die Massenorganisationen der Säger und Turner bis hin zu den Arbeiterbildungsvereinen.¹⁰

Ohne die wirtschaftliche, soziokulturelle und politische Nationsbildung, die Rahmen und Spielraum vorgab, wäre eine »Reichsgründung von oben« kaum möglich gewesen. Die Entwicklung, die zu ihr führte, nahm ihren Ausgang vom Dualismus der beiden deutschen Vormächte, der sich in den sechziger Jahren nationalpolitisch auflud. Preußen wie Österreich entwarfen, um ihre eigenen machtpolitischen Ziele zu verwirklichen, Pläne für eine Reform des Deutschen Bundes und warben für sie um öffentliche Unterstützung. Dabei fiel es dem Habsburgerreich schwerer, trotz seiner Wende vom Neoabsolutismus zum Verfassungsstaat im Jahre 1861, »moralische Eroberungen« zu machen, weil es auf allen drei Ebenen der Nationsbildung zurückgeblieben war. Doch auch Preußen, das leichter mit der Nationalbewegung zusammenarbeiten konnte, befand sich keineswegs auf einer Einbahnstraße, die zum kleindeutschen Reich führte. Denn die Annäherung zwischen seiner Regierung und dem kleindeutschen Flügel der Nationalbewegung, von beiden Seiten aus unterschiedlichen Motiven betrieben, geriet in eine Krise, als die Auseinandersetzungen um Heeresreform und Budgetrecht 1862 zu einem Verfassungskonflikt über die Macht im Staate eskalierten. Auf dem Höhepunkt dieses Streites, bei dem sich monarchisch-bürokratische Exekutive und Militär auf der einen, die liberale Mehrheit im Abgeordnetenhaus um die Deutsche Fortschrittspartei auf der anderen Seite gegenüberstanden, wurde Otto von Bismarck zum preußischen Ministerpräsidenten ernannt. Er nahm, weil die Verfassung angeblich eine »Lücke« enthielt, eine Art von Notstandsrecht für die Krone in Anspruch und war entschlossen, diese Linie gegen jeden Widerstand durchzuhalten. Trotzdem wuchs bei ihm die Einsicht, »daß er zu einem Modus vivendi, zu einer Kooperation zumindest mit Teilen des Bürgertums gelangen müsse«, um die Position des Königs und der traditionellen Führungsschichten zu erhalten sowie Preußens Machtstellung auszubauen.¹¹

Chancen für eine solche Zusammenarbeit, die aus der Sackgasse des Verfassungskonflikts herausführte, bot nicht zuletzt die nationale Frage. Indem Bismarck sich verschiedene deutschlandpolitische Optionen offenhielt und zugleich die europäische Mächte-